

Neue Regeln als politische Zäsur

VON MORITZ DÖBLER

Die Inzidenzzahlen steigen und steigen, die Intensivstationen füllen sich. Die Pandemie, die fast überwunden schien, gipfelt in einem weiteren Corona-Winter. Wie konnten wir bloß wieder in eine so prekäre Lage geraten? Warum haben die da oben das nicht kommen sehen, nicht verhindert, warum ziehen sie nicht endlich an einem Strang? Fassungslosigkeit und Wut machen sich breit. „Wir werden einander viel verzeihen müssen“: Zumindest dieser Satz von Jens Spahn hat Bestand.

Doch der heutige Mittwoch markiert eine Zäsur. Jetzt gelten ein neues Infektionsschutzgesetz und in Nordrhein-Westfalen eine neue Corona-Schutzverordnung, und damit besteht wieder eine eindeutige gesetzliche Grundlage für den Kampf gegen die Pandemie. Bund und Länder haben ein kompliziertes Regelwerk hervorgebracht. Der gewichtigste Einwand kommt von der scheidenden Bundeskanzlerin: Es ist nicht genug, befürchtet Angela Merkel.

Doch ein Gewinn in dieser mühsamen Debatte, besonders im Vergleich zu seinem Vorgänger, ist der neue NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst. In den gerade mal vier Wochen seiner bisherigen Amtszeit hat er zwar zunächst gezögert und zum Beispiel die Aufhebung der Maskenpflicht an Schulen nicht unterbunden. Aber er hat dann für NRW zügig neue Regeln vorgestellt, im Landtag durchgebracht und als neuer Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz auch die bundesweite Debatte bestimmt. Armin Laschet gegen Markus Söder, das war einmal: Der eine ist nicht mehr im Amt, und der andere hat in seinem Land genug Probleme. Bayern taugt in dieser Phase der Pandemie nicht als Maßstab, und NRW geht in manchen Punkten weiter, als es die Länder verabredet hatten. Für ein Zwischenzeugnis ist es jedoch viel zu früh. Die Probezeit des neuen Ministerpräsidenten läuft.

BERICHT DIESE REGELN GELTEN JETZT IN NRW, TITELSEITE

Komik braucht Pointen, keine Beschimpfungen

VON MARTIN BEWERUNGE

Komiker, Satiriker zumal, haben oftmals nicht nur erkennbar Spaß daran, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens genüsslich zu filetieren, wenn diese die Steilvorlage dafür liefern. Entertainer wie die Deutsch-Iranerin Enissa Amani erfüllen mit subtiler Kritik zugleich einen gesellschaftlichen Auftrag, wenn sie den Mächtigen auf die Finger schauen – und hauen. Dafür werden sie vom Publikum geliebt.

Komik arbeitet mit Pointen. Das ist viel erfrischender, viel überraschender und punktgenauer als sauer-töpfisches Herummäkeln. Die Kunst besteht allerdings darin, scharf, jedoch nicht übers Ziel hinauszuschießen. Enissa Amani hat diese Grenze nach richterlicher Überzeugung überschritten. Die Entertainerin wurde wegen Beleidigung eines AfD-Politikers juristisch belangt, der sich durch fremdenfeindliche Äußerungen hervorgetan hatte. Der Scharfmacher indes blieb straffrei.

In beiden Fällen erscheint das Vorgehen einigermaßen plump. Und doch wirft es die Frage auf, ob hier nicht mit zweierlei Maß gemessen wurde. Diese Absicht verfolgt zumindest Enissa Amani, die lieber 40 Tage ins Gefängnis geht, als die ihr aufgebrummte Geldstrafe in Höhe von 1800 Euro zu zahlen. Das Zeichen, das sie damit setzt, zeigt in jedem Falle Wirkung, weil es die Aufmerksamkeit auf die für viele Bürgerinnen und Bürger unerträgliche Stimmungsmache von Feinden der Demokratie lenkt.

Aber Satire ist immer dann gut, wenn sie mit dem Florett und nicht mit dem Säbel oder gar mit dem Morgenstern ans Werk geht. Beschimpfungen sind stets relativ einfalllos. Enissa Amani hätte ihre Kritik an dem AfD-Mann erfrischender, überraschender, punktgenauer formulieren können. Anstatt sich selbst angreifbar zu machen.

BERICHT EINE KOMIKERIN MACHT ERNST, KULTUR

Impressum RP



WELLE 5... WELLE 6... WELLE...

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

MEINUNG Es gibt gute Gründe, die angesichts der rasanten Verbreitung der Deltavariante für eine Pflicht sprechen, sich immunisieren zu lassen. Es gibt aber bessere Gründe dagegen. Vor allem bricht Zwang die vierte Welle nicht.

Eine Impfpflicht ist nur Aktionismus

VON ANTJE HÖNING

Die Zahl der Corona-Infektionen steigt ungebrochen, immer lauter werden Rufe nach einer Impfpflicht. Auch NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) und Familienminister Joachim Stamp (FDP) schließen sie nun nicht mehr aus: „Eine Impfpflicht ist ein massiver Grundrechtseingriff, der notwendig werden kann, wenn wir anders nicht aus der Spirale anderer Grundrechtsbeschränkungen kommen“, sagte Stamp. Laumann verwies auf die Stimmung bei Geimpften.

Für eine Impfpflicht spricht die miserable Quote: Bundesweit sind nur 68 Prozent der Bürger vollständig geimpft. Das hätte nicht mal gereicht, um beim Urtyp des Virus eine Herdenimmunität zu erreichen. Für die ansteckende Delta-Variante ist es erst recht zu wenig. Hierfür hätten es mindestens 85 Prozent sein müssen. Daher spricht sich nun auch der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach für eine Pflicht aus: „Leider kommen wir um eine Impfpflicht langfristig wohl nicht mehr herum. Bei der Kombination aus der hohen Ansteckung der Delta-Variante und der zu geringen Impfquote würden wir spätestens im nächsten Herbst eine neue Infektionswelle bekommen. Sogar eine Frühjahrs-Wellen ist nicht ausgeschlossen. Erst eine Impfpflicht für Erwachsene beendet den Horror“, sagte er unserer Redaktion, betonte aber: „Bei Kindern sollte man von der Impfpflicht absehen.“

Das Brutale: Die Pandemie endet erst, wenn alle geimpft, genesen oder gestorben sind, wie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) betont. Und die Infizierung von 25 Mil-

lionen noch Ungeimpften (darunter Kinder) kann man in begrenzter Zeit nicht riskieren, ohne dass das Gesundheitssystem kollabiert. Die Zahl freier Intensivbetten in Deutschland sank binnen eines Tages um rund 300 auf 2400.

Auch ethische Argumente sprechen für eine Pflicht, weil eine große Minderheit das Land durch ihr Verhalten in einen Klinik-Kollaps oder neuen Lockdown zwingt. „Eine allgemeine Impfpflicht birgt die Gefahr, durch ihren bevormundenden Charakter die freiwillige Akzeptanz von Impfungen zu senken. Im Moment können wir jedoch nicht ignorieren, dass sich die pandemische Lage massiv zuspitzt“, sagt Susanne Schreiber, Ethikerin an der Humboldt-Universität Berlin und Mitglied des Ethikrats. Ihre persönliche Meinung: „Wenn Krankenhäuser und Intensivstationen ihren Aufgaben nicht mehr nachkommen können, müssen wir eingreifen – zum Schutz des Klinikpersonals und zum Schutz unserer aller Gesundheit. Um das Pandemiege-

schehen langfristig in den Griff zu bekommen, können unter solch schwierigen Umständen dann auch gesetzliche Vorgaben zu Impfverpflichtungen – gegebenenfalls gestaffelt nach Gefährdung – aus ethischer Sicht nicht mehr grundsätzlich abgelehnt werden. Ohne ausreichende Impfungen sind wir für kommende Wellen schlicht nicht gewappnet, wenn Kontaktbeschränkungen und Lockdowns nicht zu unseren ständigen Begleitern werden sollen.“

Rechtlich wäre die Einführung der Impfpflicht kein Problem. Das Infektionsschutzgesetz gibt dem Staat schon jetzt die Möglichkeit dazu. Sie wäre zwar ein Eingriff in die grundgesetzlich geschützte körperliche Unversehrtheit. Doch das Grundrecht muss zurückstehen, wenn es darum geht, das Leben anderer zu retten.

Doch es gibt auch gravierende Argumente gegen eine Impfpflicht. Die Politik bekäme ein Glaubwürdigkeitsproblem. Immer wieder haben Kanzlerin und Länderchefs betont, dass es keinen Zwang geben werde. Kommt er nun

doch, ist das Wortbruch – frei nach dem Motto: Niemand hat die Absicht, eine Impfpflicht einzuführen. Der Eindruck, dass man sich auf „die da oben“ nicht verlassen könne, würde sich verfestigen. Zugleich drohen Impfgegner weiter radikalisiert zu werden, wie der Gewaltforscher Andreas Zick mahnt.

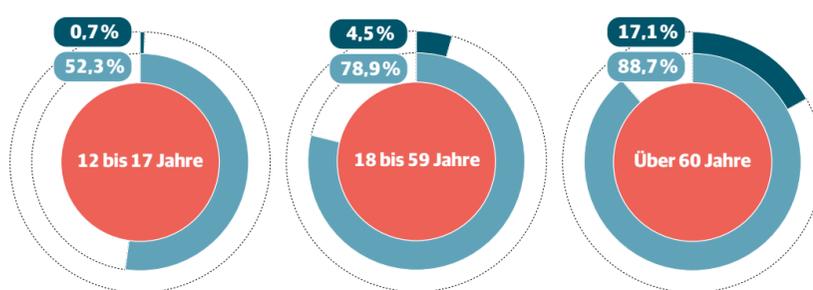
Vor allem ist eine Impfpflicht leichter gefordert als realisiert: Wie will der Staat sie denn durchsetzen? Sollen Impfverweigerer per Polizei in die Impfstelle gebracht werden? Wohl kaum, wie auch Stamp einräumt: „Es wird selbstverständlich keine Zwangsimpfung mit Polizeigewalt geben.“ Also wird es nur darauf hinauslaufen, hohe Bußgelder zu verhängen und durch alle Instanzen einzufordern, wodurch erstmal keine Impfung zusätzlich geschafft ist.

Auch der Hinweis auf die Impfpflicht gegen Masern oder früher gegen Pocken sticht nicht, wie Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) betont: Eine allgemeine Impfpflicht habe es bislang nur gegeben, wenn die Weltgesundheitsorganisation die Ausrottung einer Krankheit ausgerufen habe. Das werde bei Corona nicht gelingen, weil das Virus bei Menschen und Tieren vorkomme und daher dauerhaft bleiben werde. Eine Impfpflicht käme ohnehin viel zu spät, um die vierte Welle zu brechen. Bis sie in ein rechtssicheres Gesetz gegossen ist und angewendet wird, dürfte es Monate dauern.

Die Forderung nach einer Impfpflicht entpuppt sich als Aktionismus, mit dem eine überforderte Politik Handlungsfähigkeit zeigen will, ohne das aktuelle Problem zu lösen. Da ist es zielführender, den Druck auf Verweigerer im Alltag so stark zu erhöhen, dass sie in einem Dauer-Lockdown leben müssen – bis sie sich freiwillig impfen lassen.

Impfquoten in NRW

● Mit Auffrischimpfung ● Vollständig geimpft



Diese Auswertung haben Sie am Dienstag auf der Wirtschaftsseite vorgefunden. Durch ein Versehen waren die Farben in der Legende vertauscht. Wir bitten, den Fehler zu entschuldigen. STAND: 22.11. | QUELLE: RKI | GRAFIK: C. SCHNETTLER

WISSENSDRANG

Der Titel der Konferenz im Palais de Rumine in Lausanne lautete „Auf den Spuren des Hasses“. Unter Hass versteht der gewöhnliche Mensch ein heftiges Gefühl der Ablehnung und Feindschaft, das zu gewalttätigen Übergriffen führen kann. Vogelkundler kennen den Begriff „hassen“ in der älteren Bedeutung von „sich stürzen auf“. Der Titel der öffentlich zugänglichen Veranstaltung war gut gewählt. Gerade trug der Neurologe Sebastian Dieguez von der Universität Fribourg über Verschwörungstheorien vor, als ihm eine Gestalt im giftgrünen Gorillakostüm auffiel, die im Publikum ständig den Platz wechselte. Mit jeder Bewegung kam das Monster dem Vortragenden näher. Wie sich im Nachhinein herausstellte, war es

Hass als Kunst

Eine Konferenz zum Thema läuft aus dem Ruder. Und zwei Menschen prügeln sich.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Teil einer Kunstperformance, die die Tagung „musikalisch-humoristisch unterwandern“ und die „Art des Dialogs verändern“ sollte, wie der Organisator Charles Kleiber erläuterte: „Ziel war, dass die Performance-Künstler auch unangenehme Fragen aufwerfen.“ Unangenehme Fragen? Tatsächlich fiel es dem zunehmend verängstigten Vortragenden immer schwerer, sich auf sein Thema zu konzentrieren. Ihn beunruhigte die ziemlich unangenehme Frage, ob das Monster unter seinem Pelz möglicherweise eine Waffe oder Bombe trug. Auch einige Zuschauer machten sich schon bereit, sich auf den Boden zu werfen. Als der Gorilla sich vor dem Vortragenden aufbaute, gab er ihm aber „nur“ in Zeichensprache zu verstehen, er habe keine Ahnung, worüber er rede.

Er wischte sich mit dem Buch des Experten seinen Affenhintern ab. Beim Verlassen des Saales traf der irritierte Hassforscher erneut auf den giftgrünen Gorilla. Über das Folgende kursieren verschiedene Versionen: Dieguez sagt, er habe von dem Gorilla verlangt, die Maske abzulegen und sein wahres Gesicht zu zeigen. Dieser habe ihn daraufhin in den Unterleib getreten. Andere berichten, der Hassforscher habe sich auf den Gorilla gestürzt. Als gesichert gilt, dass sich beide Hominiden aus der Familie der Primaten schließlich am Boden prügeln.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Infektionsbiologin Gabriele Pradel ab.